



**VOLKER BOUFFIER MdL**  
Staatsminister

Volker Bouffier MdL · Spenerweg 8 · 35394 Gießen



**Wahlkreisbüro**  
Konrad-Adenauer-Haus  
Spenerweg 8  
35394 Gießen  
Tel.: (06 41) 4 10 56  
Fax: (06 41) 4 10 54  
post@volker-bouffier.de

Gießen, den 14. Januar 2008

Sehr geehrt 

am 27. Januar 2008 steht Hessen vor einer Richtungswahl. Sie entscheiden mit Ihrer Stimme darüber, ob Hessen ein Erfolgsland der politischen Mitte bleibt oder ob es von einem spätsozialistischen Linksblock regiert wird.

Die CDU-geführte Landesregierung mit Ministerpräsident Roland Koch ist Garant dafür, dass Hessen auch weiterhin das Erfolgsland für Bildung, Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum bleibt. Wir bekennen uns zu den christlich-sozialen, liberalen und wertkonservativen Wurzeln und dazu, dass unsere Gesellschaft auf den Grundpfeilern von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit beruht.

Die SPD bekennt sich in ihrem neuen Grundsatzprogramm zum „demokratischen Sozialismus“ und der „marxistischen Gesellschaftsanalyse“. Deutlicher kann der Unterschied nicht werden. Für die CDU ist klar: Sozialismus steht für Mauerbau, politische Verfolgung Andersdenkender und jahrzehntelange Teilung unseres Vaterlandes. Damit muss ein für allemal Schluss sein.

Bei der Landtagswahl geht es deshalb vor allem auch darum, einen Linksruck durch eine rot-rot-grüne Koalition zu verhindern. Schon oft haben wir von SPD-Politikern gehört, nie würden sie mit der PDS-Linkspartei gemeinsame Sache machen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: In allen Bundesländern, in denen es die Möglichkeit dazu gab, hat sich die SPD dafür entschieden, mit der PDS-Linkspartei zu regieren. Nach allen Umfragen gibt es für Rot-Grün allein in Hessen keine Mehrheit. Auch Frau Ypsilanti von der SPD und Tarek Al-Wazir von den Grünen werden keine Sekunde zögern, die Unterstützung der Alt-Kommunisten in Anspruch zu nehmen, wenn sie dadurch in Hessen an die Macht kommen können.

Was wären die Folgen einer Linksblock-Regierung? Die von der SPD lautstark geforderte Vermögensteuer würde insbesondere jene Menschen bestrafen, die Altersvorsorge betrieben und jahrelang für ein Haus gespart haben. Die Wiedereinführung der Grundwasserabgabe, wie sie SPD und Grüne hartnäckig verlangen, ist eine weitere neue finanzielle Belastung.

Auch in der Bildungspolitik steht Rot-Rot-Grün für eine Politik der linken Ideologie. Die Einführung der Zwangs-Einheitsschule ist ein Experiment zu Lasten unserer Kinder. Die Position